Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Comp., Nr. 29612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Streifband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur werktags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Konpareillezeile 1.20 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.50 M. ausschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 13 | Dresden, Sonnabend den 17. Januar 1920 | 31. Jahrg.

Frankreichs kommender Präsident

Deschanels Aussicht

Die Mitglieder des neugewählten Senats und der Kammer traten am 16. Januar zu einer Vollsitzung zusammen, um die Kandidaten für die Präsidentschaft zu bezeichnen. Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Deschanel 408, Clemenceau 389, Poincaré 16, Jonnart 6, Leon Bourgeois 5, Foch 1. Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten zurück. Deschanel, 1856 in Brüssel geboren, studierte Jura und war Unterpräfekt von Brest, als er zum ersten Mal in die Kammer gewählt wurde. 1896 wurde er ihr Vize- und 1898 Kammerpräsident, mußte den Platz aber 1902 mit Bourgeois tauschen. In französischen nationalistischen Kreisen bezichtigt man ihn, seit er als Präsidentschaftskandidat genannt wird, der Deutschenfreundlichkeit. Wahr ist wohl nur, daß er, der Weltmann, den fanatischen Haß des Tigers nicht teilt.

Ungarns Friede

Paris, 15. Januar. (Havas.) Die Uebergabe der Friedensbedingungen der Verbündeten an die ungarische Delegation hat am 15. Januar im Ministerium des Aeußern stattgefunden. Auf eine Anfrage erklärte Clemenceau, daß den ungarischen Bevollmächtigten zur Eingabe ihrer Bemerkungen eine Frist von 15 Tagen eingeräumt sei. Der Chef der ungarischen Delegation, Graf Apponyi, erklärte, daß er sich damit begnüge, Kenntnis von den Friedensbedingungen zu nehmen, die ihm soeben übergeben wurden.

Der ungarische Friedensvertrag baut sich in gleicher Weise auf wie der Vertrag von St. Germain. Die Abschnitte, die sich auf den Völkerbund, Ungarns Interessen außerhalb Europas, die Kriegsgefangenen, die Wiedergutmachung, die Luftschiffahrt, Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen und verschiedene Bestimmungen beziehen, lauten in beiden Dokumenten gleich. Der Vertrag erwähnt sodann genau die Grenzen Ungarns. Die Grenzen zwischen Ungarn, dem serbo-kroatisch-slowenischen Staate und Rumänien werden durch eine siebengliedrige Kommission gezeichnet, von der fünf Mitglieder von den verbündeten und assoziierten Mächten, eines vom interessierten Staate und eines von Ungarn ernannt werden. Die militärischen Bestimmungen mit Ausnahme zweier Punkte, und alles, was die Wiedergutmachung betrifft, stimmen überein mit dem Vertrag von St. Germain. Das gleiche gilt von den wirtschaftlichen Bestimmungen mit Ausnahme einiger Einzelbestimmungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Die Folgen

Die Ausstandsbewegung der Eisenbahner ist im wesentlichen beendet. Ihre Folgen dürften sich noch auf Wochen hinaus bemerkbar machen.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Essen liegen allein 48 000 Wagen mit einer Kohlenlast von rund einer halben Million Tonnen still. In Hamburg sind seit sechs Tagen keine Kohlen angekommen. Das Personal des wichtigsten Umschlaghafens Kirchweih läßt einfach keine Sendungen durch. Infolgedessen dürften die Gaswerke in Hamburg zum Erliegen kommen.

Wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, werden verschiedene bayerische Papierfabriken wegen Kohlenmangels stillgelegt. Münchner und verschiedene Provinzblätter werden ihr Erscheinen einstellen.

Die Berichte über die Berliner Vorfälle, über den Streik der Eisenbahner usw. verursachten an den Börsen des neutralen Auslandes eine panikartige Stimmung im Verkehr mit deutschem Gelde. In Amsterdam stand die Mark gestern auf 4,80 Gulden für 100 M., das ist bisher der tiefste Stand. —

Obgleich die Streikbewegung im großen ganzen abgeschlossen ist, schwelt der Brand an manchen Herden noch weiter. So wurden gestern in Düsseldorf trotz behördlichem Verbot Besprechungen von radikalen Eisenbahnern abgehalten und in den Betriebswerkstätten Essens erschienen gestern von etwa 8500 Arbeitern erst 1200 zum Dienst. In Beuthen hat sogar eine Versammlung der Angestellten der oberschlesischen Kleinbahnen unter Umgehung der Organisation beschlossen, heute in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um einen sogenannten wilden Streik, da der Beschluß ohne Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschusse gefaßt worden ist. Die in den einzelnen Eisenbahnbetriebswerkstätten Breslaus vorgenommene Abstimmung hat dagegen 4800 Stimmen für die Aufnahme der Arbeit und 3887 Stimmen für den Streik ergeben, während 271 gesplittert waren. Der Streik kann also auch auf diesem Streikschauplatz als beendet betrachtet werden.

Zu der gestern auch von uns gebrachten Meldung, daß in den Bezirken Düsseldorf, Dortmund und Münster die streikenden Telegraphenarbeiter am 17. Januar die Arbeit wieder aufnehmen wollen und daß diesen Arbeitern von der Regierung mit Wirkung vom 1. Dezember an eine 20prozentige und mit Wirkung vom 1. Januar an eine weitere 20prozentige Lohnerhöhung zugebilligt worden sei, wird durch Wolffs Bureau mitgeteilt: „Nach dieser Meldung muß man annehmen, daß das Reichspostministerium mit den streikenden Arbeitern verhandelt und die Wiederaufnahme nur dadurch erreicht habe, daß es ihnen derartige Lohnzuschläge bewilligte. Das trifft nicht zu. Wie vor einigen Tagen durch das Wolff-Bureau verbreitet worden ist, haben in der vorigen Woche im Reichspostministerium Vorbesprechungen mit Vertretern der Posthilfskräfte in Lohnfragen stattgefunden, wobei der Reichspostminister diesen zugesagt hat, sich für gewisse damals mitgeteilte Lohnerhöhungen einsetzen zu wollen. Aehnliche Zusagen sind, wie das Wolff-Bureau seinerzeit gleichfalls meldete, auch der Organisation der Telegraphenarbeiter des Reichspostgebietes gemacht worden. Auf diese Entschließung des Reichspostministers hatte der Streik jener Telegraphenarbeiter keinerlei Einfluß."

Streik im Wolffschen Telegraphenbureau

Berlin, 17. Januar. Wie dem B. T. aus Düsseldorf gemeldet wird, sind die Beamten der Zweigstellen des Wolffschen Telegraphenbureaus von ganz Westdeutschland sowie in Hamburg und Frankfurt a. M. gestern mittag wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Zur Bergarbeiterbewegung im Erzgebirge

Anläßlich der am heutigen Sonnabend beginnenden Tarifverhandlungen des Bergarbeiterverbandes mit dem Bergbaulichen Verein erläßt die Bezirksleitung des Verbandes im Lugau-Oelsnitzer Revier einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Wir warnen vor der Aufputschung durch unverantwortliche Schreier, die im Revier am Werke sind, um die Bergarbeiter in einen Streik hineinzuhetzen. Wer sich vor Schaden bewahren und die Verantwortung vor einem mutwillig vom Zaune gebrochenen Streik nicht tragen will, bewahre seine Ruhe.

Die Streikbewegung im Auslande

Mährisch Ostrau, 17. Januar. Der Generalstreik im Ostrau-Karwiner Revier war vorgestern vollständig. 38 Schächte des Reviers und selbst 10 Koksanstalten liegen still. Ferner feierten sämtliche Arbeiter der Witkowitzer Eisenwerke und der sonstigen Privatindustrie des Reviers. Es dürften etwa 75000 Arbeiter am Streik beteiligt sein.

Brüssel, 16. Januar. Im Streik der Staatsangestellten hat sich die Lage wesentlich gebessert. Die von Brüssel ausgegangene Streikparole wird in der Provinz vielfach nicht befolgt.

Rom, 16. Januar. Der Streik in der Post- und Telegraphenverwaltung ist nicht allgemein. Trotzdem werden Telephongespräche der Behörden, der Presse und anderer öffentlicher Stellen erledigt sowie Telegramme der Presse. Die Presse tadelt die Streikenden heftig.

Der neue Kurs

Zu deutschen Geschäftsträgern sind folgende Herren ernannt: London: Senator Stamer (Hamburg); Paris: Reichsminister a. D. Mayer (Kaufbeuren); Brüssel: Reichsminister a. D. Landsberg; Madrid: Gesandter Dr. Rosen; Wien: Gesandter v. Rosenberg; Tokio: Staatssekretär a. D. Dr. Solf; Rom: Frhr. v. Mutius; Prag: Prof. Sänger; Haag: Oberst Renner. In Stockholm wird der Gesandte v. Mutius durch den Gesandten Radolny ersetzt. Der Gesandte Adolf Müller verbleibt auf seinem Posten in Bern.

Gegen die Entrechtung des Rheinlandes

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den Freiherrn v. Lersner in Paris beauftragt, den Vertretern der verbündeten und assoziierten Mächte eine Note über die Verordnungsnote der interalliierten Rheinlandkommission zu überreichen. In der Note wird u. a. darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens die Besetzung des linksrheinischen Gebietes nur den Zweck hat, die Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen. Die Verordnung der Rheinlandkommission verschiebt diese klare Rechtslage vollkommen, indem diese Befugnisse beanspruchte, die ihr im Gegensatz zu den vertraglichen Vereinbarungen wesentliche Teile der Staatshoheit übertrügen.

So setzt das Rheinlandabkommen fest, daß die Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung fortbestehen solle, während nach den Verordnungsentwürfen der Kommission die Geltung deutscher Gesetze ausnahmslos von der vorherigen Prüfung durch die Rheinlandkommission abhängig gemacht wird. Nirgends sehe das Rheinlandabkommen ein Recht der Rheinlandkommission vor, Ausweisungen irgendwelcher Art zu verfügen, noch auch Einschränkungen des Post-, Telegraphen- oder Telephonverkehrs, der Presse- und Versammlungsfreiheit und des Rechts des Arbeiters, durch Streik seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Unvereinbar mit den im Rheinlandabkommen gegebenen Zusicherungen, daß die Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden verbleiben solle, sei die beabsichtigte Stellung von Kreisabgeordneten der Rheinlandkommission mit weitgehenden Verwaltungs- und Aufsichtsbefugnissen. Entgegen dem Rheinlandabkommen, das alle besetzten rheinischen Gebiete gleichmäßig behandle, würden ferner durch die Rheinlandkommission Sonderbestimmungen über die Verwaltung des Brückenkopfes Kehl getroffen.

Die deutsche Regierung erhebt feierlichst Verwahrung gegen die geplante Verordnung und bittet um Berücksichtigung der deutscherseits geltend gemachten Gesichtspunkte. Weiter schlägt sie zu diesem Zweck mündliche Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten der beteiligten Regierungen vor. Der Note ist eine eingehende Denkschrift über die Verordnungsentwürfe der interalliierten Rheinlandkommission beigefügt.

Zusammenstöße

Die Ernährungsdebatte wurde gestern in der sächsischen Volkskammer fortgesetzt und nahm zunächst einige Stunden den bei solchen Anlässen üblichen Verlauf, wobei allerdings die Deutschnationalen wieder einen besonderen Redeeifer entwickelten. Obwohl in der letzten Sitzung der Agrarier Schmidt fast zwei Stunden lang eine Verteidigung der Landwirte versucht hatte, folgte ihm gestern wieder der Herr Zeller zu langen Ausführungen über die angeblichen Vorzüge der freien Wirtschaft, wobei er alles wie schon früher vom Standpunkte der Leute betrachtete, denen der Geldbeutel gestattet, die um das Fünffache gesteigerten Wucherpreise zu zahlen, die die unabwendbare Folge einer Aufhebung der Zwangswirtschaft sein würde. Nach Ausführungen Günthers und eines Unabhängigen und einer bemerkenswerten Rede des Genossen Schembor folgte dann der Deutschnationale Beutler, den alsbald der Agrarier Leithold und später noch Rammmelsberg ablöste. Damit hatte sich ungefähr die Hälfte der konservativen Fraktion durch Reden um die Sache ereifert. Die meisten taten das, wenn auch in der bekannten Einseitigkeit, doch leidlich sachlich, nur der Chemnitzer Justizrat Beutler spitzte die Debatte durch allgemein politische Ausführungen und Ausfälle derart zu, daß es schließlich zu scharfen Zusammenstößen kam.

Nach vorliegenden Berichten hat der ehemalige Chemnitzer Stadtverordnetenvorsteher von Schandtaten der Regierung gesprochen, hat das Bekenntnis zur Monarchie nochmals unterstrichen und schließlich in Aussicht gestellt, die Regierung zu beseitigen, was nicht durch Gewalt zu geschehen brauche, weil der Apfel den Deutschnationalen bald als reife Frucht in den Schoß fallen werde. Diese mehr als temperamentvollen und bei dieser Gelegenheit auch deplazierten Reden hatten Wirtschaftsminister Schwarz anscheinend etwas aus dem Gleichgewicht gebracht. Für Regierungsvertreter wäre es wohl das beste gewesen, die deutschnationale Fanfare Beutlers mit beredtem Schweigen zu übergehen und wortlos zu dem übrigen zu legen, das von jener Seite uns schon reichlich beschert worden ist. Wäre aber eine Abwehr geboten gewesen, hätte man sie den Wortführern aus der Reihe der Volkskammermitglieder überlassen sollen. Die deutschnationale Kennzeichnung ist ja überdies noch durch den Genossen Fellisch mit Schärfe erfolgt. Genosse Schwarz hielt jedoch in diesem Falle als Wirtschaftsminister offenbar eine Zurückhaltung der Regierung nicht für angebracht, er ging vielmehr mit kräftigen Ausdrücken gegen Beutler und die Deutschnationalen vor und legte dabei in seiner Entrüstung auf kluges Abwägen der Worte offenbar kein besonderes Gewicht. Doch waren es weniger die Worte des Wirtschaftsministers wie sein Echo, das einen kleinen Sturm entfachte. Als nämlich Genosse Schwarz die Deutschnationalen unter Bezugnahme auf ihre Kriegstreiberei des Verbrechens bezichtigte, rief der so etwas robust aufgespießte Beutler zu den Unabhängigen hinüber: Dort sitzen die Verbrecher. Das löste bei diesen eine große Aufregung aus; die meisten begnügten sich jedoch mit stiller Entrüstung, nur drei von ihnen gaben ihrem Zorn durch Drohen mit der Faust und laut hinausgeschrienen Zurufen, wie: Bluthunde, Verbrecher und andre Ausdrücke verwandter Art, Ausdruck, so daß eine Fortführung der Verhandlung unmöglich wurde. Es dauerte einige Zeit, bis Vizepräsident Dr. Dietel die Ruhe wieder hergestellt und durch einige Ordnungsrufe das Gleichgewicht hergestellt hatte. Freilich mußte er erst daran erinnert werden, daß auch die Konservativen, besonders Herr Beutler, durch seinen Zuruf schwer gegen die parlamentarische Ordnung gefehlt hatte.

Bei seinen weiteren Ausführungen rechnete Genosse Schwarz noch weiter mit den Deutschnationalen ab und sprach dabei auch vom Galgen, der die Deutschnationalen vor allen andern erwarte. Das löste wieder einen kleinen Sturm bei den bürgerlichen Vertretern aus. Doch sind wir hier der Ansicht, daß sich Genosse Schwarz nicht in dem Maße im Ausdruck vergriffen hatte, wie das die bürgerlichen Vertreter glaubten. Er hat nicht sagen wollen, daß für die Deutschnationalen ein Galgen aufgerichtet werden solle, sondern nur gemeint, daß sie sich durch ihre Desperadopolitik selbst zuerst an den Galgen bringen würden. Offenbar war das der Sinn seiner Ausführungen. Diese geben aber dann so wenig Anlaß zu besondrer Entrüstung, wie etwa der Hinweis, daß jemand selbst in den Brunnen hineinfallen wird, den er für andre graben möchte.

Die weitere Debatte verlief zum Teil noch sehr lebhaft, besonders als Genosse Fellisch temperamentvoll mit den Deutschnationalen abrechnete; erst bei den eintönigen Episteln des unabhängigen Berichterstatters trat eine gewisse Beruhigung ein, obwohl er gar nicht als Berichterstatter sprach, sondern sich in allgemeinen Betrachtungen erging. Schließlich wurden die Mehrheitsanträge des Ausschusses angenommen und der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ernährungsbeirats zum Beschluß erhoben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200117/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG